Landesverband Hessen

PRESSEMITTEILUNG

Weniger Verwaltung, mehr forschen, mehr lehren

***hlb*Hessen begrüßt, dass die CDU-Fraktion im hessischen Landtag das Hochschulwesen entbürokratisieren will.**

Wiesbaden, 10. Oktober 2026. Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag will die Entbürokratisierung im Land vorantreiben, ein Hebel dazu ist das Hessische Hochschulgesetz (HessHG), das noch in dieser Legislaturperiode novelliert werden soll. „Es kann nicht sein, dass bei Kleinstbeträgen etwa im Rahmen von Dienstreiseanträgen in Standortnähe ein hoher Prüf- und Genehmigungsaufwand betrieben wird“, sagte der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Lucas Schmitz, im Gespräch mit dem ***hlb*** in Wiesbaden. Der ***hlb***Hessen vertritt die Interessen der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW). Neben den Regelungen zu Dienstreiseanträgen müssten auch die Berichtspflichten reduziert werden. „Wir brauchen Verwaltung, damit Forschung, Lehre und Transfer an Hochschulen rechtssicher, effizient und geordnet ablaufen können, aber am Ende darf das nicht zu immer weiteren Aufwüchsen führen“, betonte Schmitz. In der Vergangenheit sei es teils politisch gewollt gewesen, die Verwaltung außerhalb der Kernfunktionen immer weiter auszubauen. „Das müssen wir wieder rückgängig machen.“

Der ***hlb***Hessen begrüßt den Vorstoß der CDU-Fraktion. Die Hochschulen müssten agiler werden, wenn sie auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben wollten. „Insbesondere bürokratische Tätigkeiten sind ein Hemmschuh, sie kosten die Professorinnen und Professoren im Alltag viel Zeit“, sagte der Vorsitzende des ***hlb***Hessen, Prof. Dr. Dückershoff. Daneben müsse für die Hochschulen des Landes eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt sein. De facto bedeute der hessische Hochschulpakt, der bis 2031 gelte, dass im laufenden Jahr 30 Millionen Euro eingespart werden müssten. Umso wichtiger sei es, dass die knappen Gelder dort eingesetzt würden, wo sie hingehörten, nämlich in Forschung und Lehre und nicht in überbordende Bürokratie und Verwaltung. „Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, der Fokus muss wieder auf unsere Kerntätigkeiten, zu forschen und zu lehren, gelegt werden“, so Dückershoff.

Wichtig sei auch, dass der wissenschaftliche Mittelbau erhalten bleibe. Mit dem neuen Hochschulpakt wurden die bislang gesondert ausgewiesenen Mittel für den Mittelbau in das erweiterte Sockelbudget überführt. Da die Hochschulen gleichzeitig unter erheblichem Konsolidierungsdruck stehen, würden in der Folge Qualifikationsstellen und befristete Mittelbaustellen de facto nicht im bisherigen Umfang fortgeführt. Der ***hlb***Hessen sieht hierin ein erhebliches Problem sowohl für die Forschungsfähigkeit der HAWen als auch die Förderung des

Postanschrift: Wissenschaftszentrum, Postfach 20 14 48, 53144 Bonn
Telefon: 0228 55 52 56 - 0 Telefax: 0228 55 52 56 - 99 E-Mail: hlb@hlb.de Web: www.hlb-rp.de

wissenschaftlichen Nachwuchses. „Auch nach der Überführung der Mittel in ein Sockelbudget sollte transparent nachvollziehbar sein, in welchem Umfang die Mittel tatsächlich für Mittelbau und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses eingesetzt werden“, sagte Dückershoff. Transparenz forderte der ***hlb*** auch mit Bezug auf die Kosten der Verwaltung der Hochschulen. Da unklar sei, wie hoch der Anteil der Verwaltungskosten sei, fehle auch die Grundlage, um überhaupt Ziele zur Effizienzsteigerung sinnvoll abschätzen und später umsetzen zu können.

Mit Blick auf ein neues Hochschulgesetz skizzierte Schmitz die wichtigsten Eckpunkte, auf die sich die Fraktionen von CDU und SPD mit der Regierung bereits verständigt hätten. So solle die Resilienz im Sinne der Forschungssicherheit gestärkt werden. Deutschland sei ein internationaler Wissenschaftsstandort, der unter Beobachtung stehe, und nicht immer sei offensichtlich, von wem international Studierende bezahlt würden und in wessen Interesse sie handelten. Hier solle es einen stärkeren Austausch zwischen Hochschulen und den Sicherheitsbehörden sowie dem Landeskriminalamt geben.

Daneben soll der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Wirtschaft und Gesellschaft vorangetrieben werden. So soll es ein Gründungsfreisemester sowie erleichterte Möglichkeiten für Professorinnen und Professoren geben, sich an Ausgründungen zu beteiligen. Der ***hlb*** betonte, dass gerade die HAWen mit einem Schwerpunkt auf angewandte Wissenschaften und ihrer traditionell starken regionalen Verankerung hier einen wichtigen Beitrag über die Breite ihrer Ausbildung hinaus leisteten. „Diese Vielfalt und Praxisnähe darf nicht aktuellen Sparzwängen und Exzellenzinitiativen zum Opfer fallen“, sagte Dückershoff. Nur dann kann es nach Ansicht des ***hlb*** gelingen, dass Hessen nicht nur in der Spitzenforschung, sondern auch im Transfer in die Praxis international wettbewerbsfähig bleibt.

Kontakt:

hlb - Landesverband Hessen e. V.
Stefanie Ball
Tel. 0162-4234366
E-Mail: stefanie.ball@hlb-hessen.de
Internet: www.hlb-hessen.de

Der ***hlb***Hessen ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Hessen. Er hat zurzeit rund 735 Mitglieder. Der ***hlb***Hessen ist Mitglied der ***hlb***-Bundesvereinigung mit bundesweit über 8.500 Mitgliedern. Der ***hlb*** ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet, politisch und konfessionell neutral. Er vertritt die gemeinsamen Interessen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Seine Aufgaben sind insbesondere die Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Gesetzgebungsorganen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sowie gegenüber anderen Institutionen des Bundes und der EU, die Förderung und Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen, berufsqualifizierenden, wissenschaftlichen Ausbildung und

Landesverband
Hessen

Forschung sowie der Fortentwicklung von Hochschulen, die Unterstützung der beruflichen Eingliederung der Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen, die Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen oder Verbänden im In- und Ausland, die Unterstützung von Mitgliedsverbänden durch Dienstleistungen sowie Rechtsdienstleistungen durch Beratung, Beistand und Rechtschutz für die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Die ***hlb***-Bundesvereinigung e. V. ist unter der Registernummer R000026 als Berufsverband im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert und beachtet die Grundsätze integrer Interessenvertretung nach § 5 LobbyRG.

Postanschrift: Wissenschaftszentrum, Postfach 20 14 48, 53144 Bonn
Telefon: 0228 55 52 56 - 0 Telefax: 0228 55 52 56 - 99 E-Mail: hlb@hlb.de Web: www.hlb-rp.de